

## 10 Politik

Bekanntlich wurde das Frauenstimmrecht in der Schweiz rund 25 Jahre später eingeführt als in den meisten Staaten und gar gute fünfzig Jahre später als in den nordeuropäischen Staaten, welche die Frauen als erste in Europa politisch gleichstellten. Die Diskussionen über die politische Gleichberechtigung von Frau und Mann wurden aber auch in der Schweiz während des ganzen 20. Jahrhunderts geführt, allerdings mehrheitlich auf der Ebene der Kantone – und da vor allem in den lateinischsprachigen Kantonen sowie in den beiden Basel und in Zürich. Es waren denn auch diese Kantone, welche als erste zwischen 1959 und 1970 das Frauenstimmrecht für kantonale Angelegenheiten einführten. Als schliesslich 1971, im zweiten Anlauf, in einer gesamtschweizerischen Volksabstimmung das Frauenstimm- und -wahlrecht auf eidgenössischer Ebene gutgeheissen wurde, führten alle anderen Kantone – ausser die beiden Appenzel – die politische Gleichstellung umgehend auch auf der kantonalen Ebene ein.

Dauerten die politischen Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz doch recht lange, so zogen die Frauen darauf relativ zügig in die Parlamente ein; die Einsitznahme in die Regierungen dauerte hingegen etwas länger. Die grösste Steigerung erfuhr die Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen in den neunziger Jahren, und zwar sowohl auf kantonaler wie auf nationaler Ebene, in Regierung wie Parlament. Mit diesem Effort hat die Frauenrepräsentation in der Schweiz den Anschluss an Europa gefunden. Gemäss einer Zusammenstellung der Interparlamentarischen Union liegt die Schweiz mit ihrem Frauenanteil von 24% (Nationalrat) auf Platz 11 von 41 Staaten (Stand: 2003; siehe auch Kapitel 13.2). Die Schweiz ist somit in Sachen politischer Frauenrepräsentation kein europäischer Sonderfall mehr, sie ist heute weitgehend ein gleichstellungspolitischer Normalfall – was aber nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass die Frauenanteile mit 20 bis 25 Prozent noch weit vom Ziel der Parität entfernt sind.

### Literaturhinweise

Eckdaten zur politischen Vertretung finden sich regelmässig aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 17 «Politik»: [www.statistik.admin.ch](http://www.statistik.admin.ch)

BFS: Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991. Bern 1994. Im Anhang: 1) Frauen in den kantonalen Parlamenten (1961-1994), 2) Studie von Thanh-Huyen Ballmer-Cao / John Bendix über Determinanten der Frauenvertretung in den schweizerischen Legislativen.

BFS: Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999. Entwicklung seit 1971. Neuchâtel 2000.

BFS: Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 2001. Neuchâtel 2001.

Hardmeier Sibylle: Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890-1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung. Zürich 1997.

Seitz Werner: «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971-1991 aus statistischer Sicht», in: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hg.), Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 34: Frauen und Politik, Bern 1994, S. 225-249.

Seitz Werner: «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner.» Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente (Stand: Ende 1999), in: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Frauenfragen, 23 (2000), Nr. 1, S. 13-22.

Voegeli Yvonne: Zwischen Hausrat und Rathaus. Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945-1971. Zürich 1997.

### Quellen

Die Ergebnisse der *Nationalratswahlen* basieren auf den Gemeinde- und Kantonsprotokollen zu den Nationalratswahlen, welche dem Bundesamt für Statistik (BFS) von den Kantonen (deren statistischen Ämtern oder deren Staatskanzleien) übergeben werden; die Daten werden vom BFS plausibilisiert und allenfalls bereinigt und komplettiert.

Die Ergebnisse der *Ständeratswahlen* sowie der *kantonalen Regierungs- und Parlamentswahlen* werden vom BFS gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern ab den offiziellen Dokumenten der Kantone erfasst.

## Die Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen

**Die Frauen machen mit 53% zwar die Mehrheit unter den Wahlberechtigten aus, in den Parlamenten und Regierungen sind sie jedoch sowohl auf eidgenössischer wie kantonaler Ebene im Durchschnitt mit weniger als 25% vertreten. Gegenwärtig beträgt der Frauenanteil im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten 24%, in den kantonalen Regierungen 21,5% und im Ständerat 20% (Stand 1. Juli 2003). Im siebenköpfigen Bundesrat haben seit 1999 zwei Frauen Einsitz (29%).**

Nachdem die Schweizer Frauen zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts das aktive und das passive Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene erhalten hatten, reüssierten sie bei den ersten Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente mit einem Frauenanteil unter den Gewählten von gut 5%. Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: Zu Beginn der achtziger Jahre überschritt diese die 10%-Marke und Mitte der neunziger Jahre die 20%-Marke. Gegenwärtig beträgt der Anteil der gewählten Frauen im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten je 24%.

Später und langsamer ansteigend erfolgte die Einsitznahme der Frauen in den Ständerat, in die kantonalen Regierungen und in den Bundesrat. Bei den drei Ständeratswahlen der siebziger Jahre wurden insgesamt nur vier Frauen gewählt (1971: 1 Frau, 1975: keine, 1979: 3 Frauen). Bis 1995 bewegte sich der Frauenanteil im 46-köpfigen Ständerat zwischen 7% und 11%; darauf steigerte er sich auf 17% (1995) und schliesslich auf 20% (1999).

Noch länger als beim Ständerat dauerte es, bis die Frauen in die Kantonsregierungen und in den Bundesrat gewählt wurden. Die erste Regierungsrätin wurde 1983 gewählt; 1991 hatten erst 5 Frauen ein Regierungsamt inne (Frauenanteil 3%). Ähnlich wie beim Ständerat setzte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine markante Steigerung der Frauenvertretung in den Regie-

rungen ein: 1995 erreichte er 11% und 1999 rund 20%. Anfang Juli 2003 machten die Frauen in den kantonalen Regierungen 21,5% aus, das heisst, sie hatten 34 von insgesamt 158 Sitzen inne.

Im sieben Mitglieder zählenden Bundesrat regierte erstmals eine Frau von 1984 bis 1989. Seit 1993 ist der Bundesrat erneut kein Männergremium mehr und seit 1999 haben zwei Frauen in der Bundesregierung Einsitz.

Bei der geschilderten Entwicklung der Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen der Schweiz können zwei verschiedene Muster festgestellt werden, welche in den folgenden Kapiteln noch genauer analysiert werden:

- 1) Im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten waren die Frauen seit der Einführung des Frauenstimmrechts präsent, und ihr Anteil steigerte sich kontinuierlich von 5% auf 24%. Nationalrat und kantonale Parlamente sind grosse Kammern mit relativ vielen Sitzen, welche meistens nach dem Proporzsystem vergeben werden.
- 2) In den Ständerat, in die kantonalen Regierungen und in den Bundesrat wurden Frauen erst mit Verzögerung gewählt. Gegenwärtig sind die Frauen jedoch mit je rund 20% im Ständerat und in den kantonalen Regierungen vertreten. Diese politischen Institutionen bestehen aus wenigen Sitzen, und werden meistens nach dem Majorzsystem gewählt.

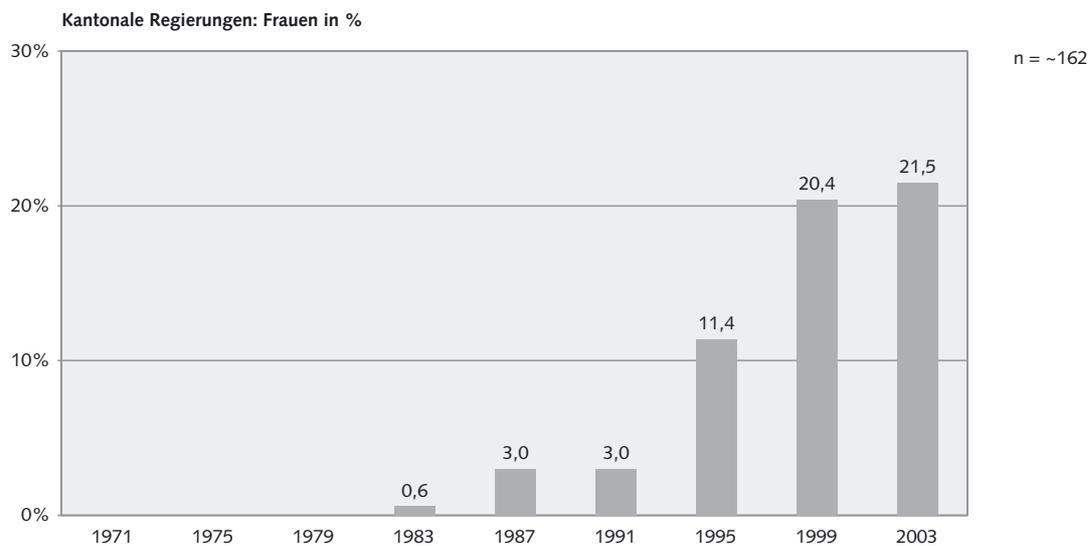
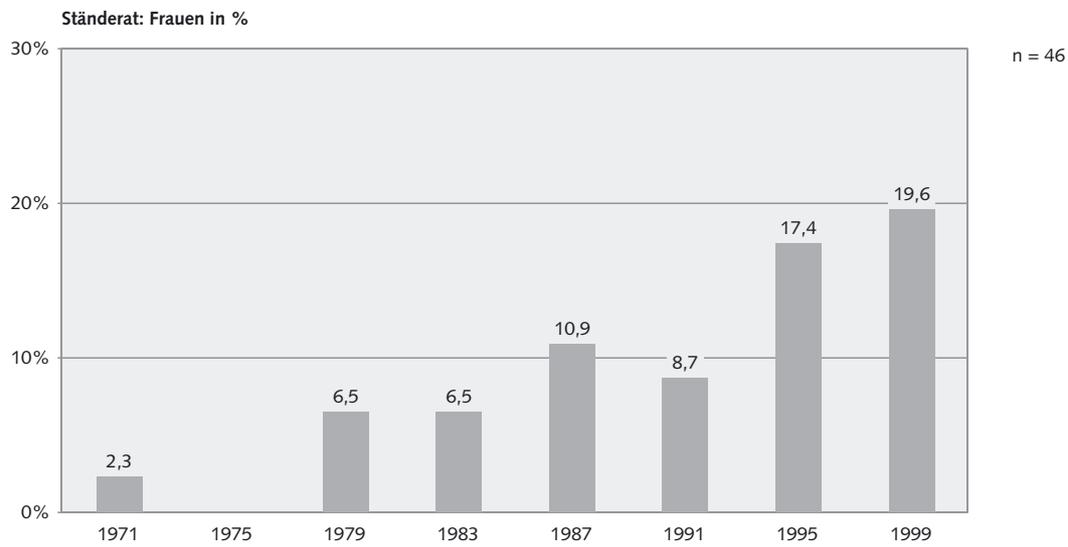
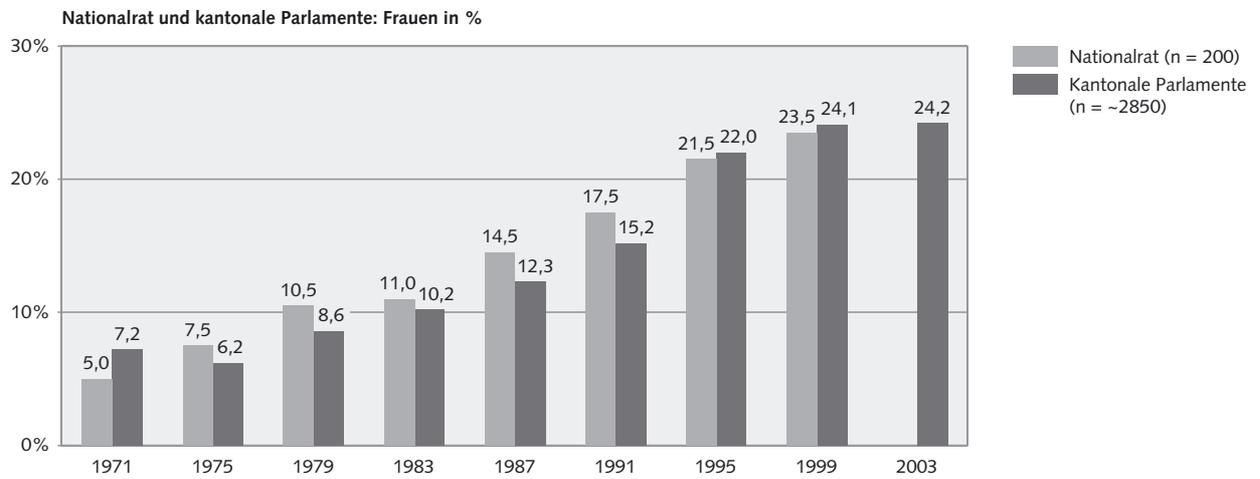
### Wahlsysteme

Bei den Wahlen in die Regierungen und Parlamente kommt entweder das Majorzwahlsystem oder das Proporzwahlsystem zur Anwendung, welche sich, grossomodo, wie folgt unterscheiden:

Beim *Majorzwahlsystem* treten die Kandidierenden als Einzelpersonen an. Meistens werden sie jedoch von den Parteien nominiert und unterstützt. Gewählt ist grundsätzlich, wer eine Mehrheit der Stimmen erhält. Dabei wird zwischen einem «absoluten Mehr» und einem «relativen Mehr» unterschieden: Das «absolute Mehr» beträgt die Hälfte der gültigen Stimmen +1, während das «relative Mehr» von denjenigen Kandidierenden erreicht wird, die am meisten Stimmen erhalten haben. Im Majorzsystem haben die kleinen Parteien kaum Wahlchancen, während die grossen Parteien normalerweise alle Sitze zugeteilt erhalten. Die meisten Wahlen in die Kantonsregierungen und in den Ständerat werden nach dem Majorzsystem durchgeführt. Wie es für die schweizerische Politik charakteristisch ist, verzichtet bei Majorzwahlen die stärkste Partei im Vorfeld auf ihren Anspruch auf sämtliche Mandate, und gewährt so einem oder mehreren Juniorpartnern Einsitz in die politischen Institutionen («freiwilliger Proporz»).

Das *Proporzwahlsystem* unterscheidet sich vom Majorzsystem dadurch, dass es die Sitze möglichst proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt. Der Proporzeffekt ist um so genauer, je grösser die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Sitze ist. Bei Proporzwahlen werden die Mandate auf Grund der erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt, erst anschliessend werden die gewählten Personen bestimmt (anhand ihrer erhaltenen Stimmenzahl). Nach dem Proporzsystem werden die meisten Parlamentswahlen (Nationalrat und kantonale Parlamente) durchgeführt.

**Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen 1971 bis 2003**



Quelle: Wahlstatistik

© Bundesamt für Statistik (BFS)

## Starke Frauenvertretung bei Linken und Grünen; FDP und CVP sind am Aufholen

**Im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten beträgt der Frauenanteil je rund 24%. Am stärksten vertreten sind die Frauen seit den achtziger Jahren, in der SPS und bei den Grünen, wo sie die 40%-Grenze erreicht oder bereits überschritten haben. Keine oder nur wenige Frauen finden sich dagegen bei den kleinen Rechtsparteien und bei der SVP. War die Frauenrepräsentation in den achtziger und neunziger Jahren stark entlang der links-rechts-Achse polarisiert, so nehmen nun CVP und FDP vermehrt eine Mitteposition ein; sie bringen es mittlerweile auf einen Frauenanteil von rund 20%.**

Bei den *Nationalratswahlen 1999* wurden 47 Frauen und 153 Männer gewählt. Mit 23,5% lag der Frauenanteil unter den Gewählten damit 2 Prozentpunkte höher als bei den Wahlen von 1995.

Die Mehrheit der gewählten Frauen (55%) gehörte der SPS oder den Grünen an; 45% stammten aus den bürgerlichen Parteien FDP, CVP, SVP und LPS. Die parteipolitischen Unterschiede bei der Frauenvertretung zeigen sich noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Mandate im Nationalrat verfügen: Sie nehmen 64% aller Mandate ein; SPS und die Grünen haben zusammen 30% der Mandate inne.

Auch ein Vergleich der Anteile der Nationalrätinnen in den verschiedenen Parteien spiegelt diese parteipolitischen Unterschiede wider. In der Mehrheit sind die Frauen einzig bei den Grünen (6 Frauen, 3 Männer; Frauenanteil: 67%). Zahlenmässig am meisten Nationalrätinnen finden sich bei der SPS: 20 Frauen, 31 Männer (Frauenanteil: 39%). Die FDP und die CVP überschritten 1999 erstmals die 20%-Marke. Bei der CVP machten die Frauen 23% aus (8 Frauen, 27 Männer), bei der FDP 21% (9 Frauen, 34 Männer). Bei der SVP sank der Frauenanteil hingegen auf 7% (3 Frauen, 41 Männer); dies ist der niedrigste Wert für die SVP in den neunziger Jahren. Bei den Rechtsparteien (SD, EDU, Lega), bei der EVP und der CSP – alles Parteien mit nur wenig Mandaten – wurde noch nie eine Frau gewählt. Ausschliesslich aus Männern bestanden zudem 1999 die Abordnungen der PdA und des LdU.

In 16 Proporzkantonen wurden Frauen in den Nationalrat gewählt. Zehn Kantone sind im Nationalrat ausschliesslich durch Männer vertreten: Es sind dies die Majorzkanzone (UR, OW, NW, GL, AI) sowie fünf Proporzkanzone (TG, VS, ZG, JU, SH).

Bei den *Wahlen in die kantonalen Parlamente von 1999 – 2003* waren rund 2900 Sitze zu besetzen. Im Vergleich zu den Wahlen von 1996 – 1999 stagnierte der Anteil der gewählten Frauen bei 24%; am 1. Juli 2003 standen in den kantonalen Parlamenten 709 Frauen 2223 Männern gegenüber.

Die parteipolitische Verteilung der gewählten Frauen in den kantonalen Parlamenten entspricht weitgehend der Verteilung im Nationalrat: Über 40% Frauen finden sich bei der SP und den Grünen (GP, FGA), bei CVP und FDP sind es rund 20% Frauen. Der Frauenanteil der SVP beträgt 11%; bei den kleinen Rechtsparteien insgesamt ist er niedriger als 10%.

In fünf Kantonsparlamenten haben die Frauen einen Anteil von 30% und mehr (BS, BL, ZH, OW, BE), in sieben Kantonen ist ihr Anteil kleiner als 20% (GL, TI, VS, SZ, AI, NW, SG).

### Abkürzungen der Parteien

#### Bundesratsparteien

FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

#### Bürgerliche Nicht-Bundesratsparteien

LPS	Liberale Partei der Schweiz
-----	-----------------------------

#### Mitte-Parteien

LdU	Landesring der Unabhängigen
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP	Christlichsoziale Partei

#### Linke Nicht-Bundesratsparteien und Grüne

PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbegriff)
GPS	Grüne Partei der Schweiz

#### Rechte Nicht-Bundesratsparteien

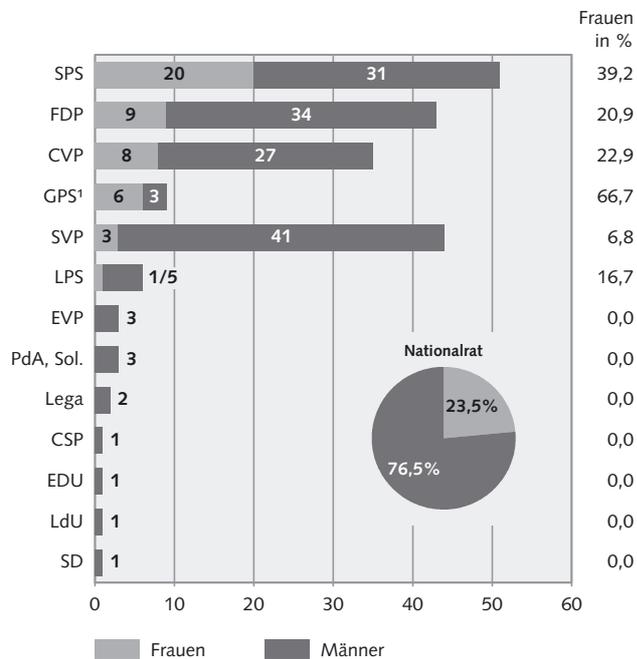
SD	Schweizer Demokraten
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS	Freiheitspartei der Schweiz
Lega	Lega dei Ticinesi

Auf Kantonsebene wird bei den Parteien das Suffix -S (der Schweiz) weggelassen

Der *Nationalrat* besteht aus 200 Mitgliedern und wird alle vier Jahre neu gewählt. Gemäss Artikel 149 der neuen Bundesverfassung bildet jeder Kanton einen Wahlkreis. Je nach Grösse der Wohnbevölkerung haben die Wahlkreise mehr oder weniger Sitze im Nationalrat zu Gute. Jedem Wahlkreis steht jedoch mindestens einer zu; in Kantonen mit nur 1 Sitz wird nach dem Majorzsystem gewählt (UR, OW, NW, GL und AI). In den 21 Kantonen mit 2 oder mehr Sitzen erfolgt die Mandatsverteilung nach dem Proporzsystem.

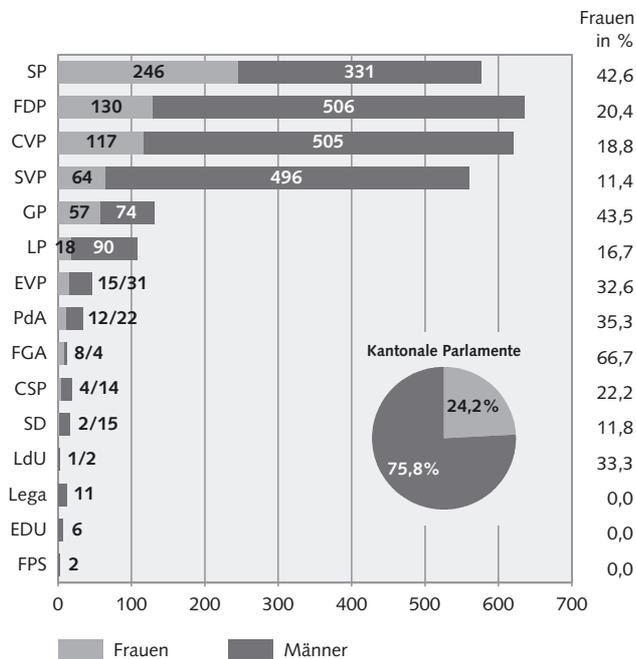
Die *Parlamente in den Kantonen* bestehen aus 49 (AI) bis 200 Mitgliedern (BE). Die Abgeordneten werden mehrheitlich nach dem Proporzsystem bestimmt, ausser in Appenzell Innerrhoden und in Graubünden; in diesen beiden Kantonen werden einige oder alle Mandate an Gemeinde- oder Bezirksversammlungen vergeben (Majorz). Gemischte Systeme von Proporz und Majorz bestehen in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden. Die Wahlen erfolgen in mehreren Wahlkreisen, ausser im Tessin und in Genf, wo der Kanton den einzigen Wahlkreis darstellt.

**Nationalratswahlen 1999:  
Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**

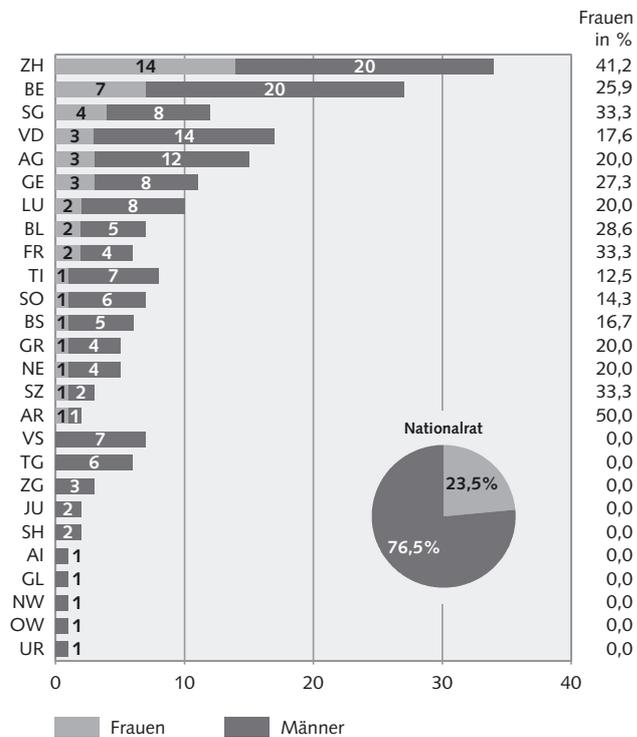


<sup>1</sup> Inkl. FGA

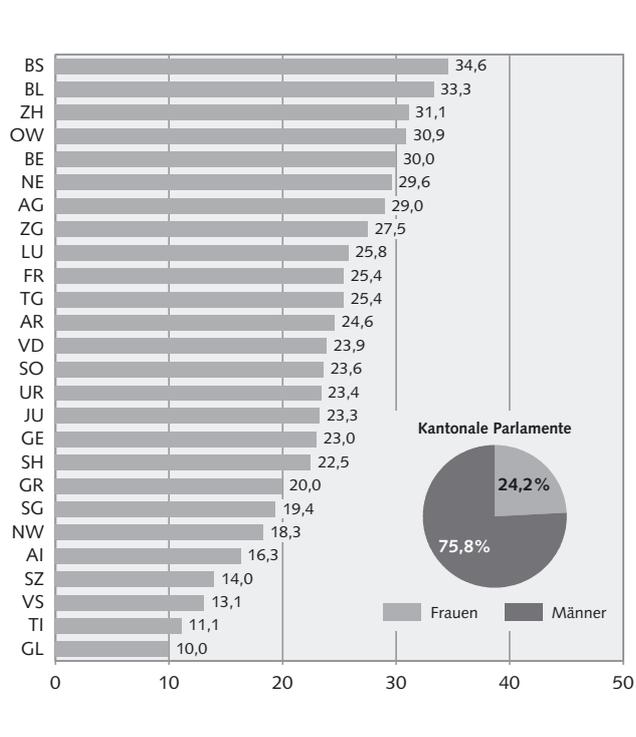
**Kantonale Parlamentswahlen (Stand: 1. Juli 2003)  
Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



**Nationalratswahlen 1999:  
Gewählte Frauen und Männer, nach Kantonen**



**Kantonale Parlamentswahlen (Stand: 1. Juli 2003)  
Frauenanteil bei den Gewählten, nach Kantonen**



Quelle: Wahlstatistik

© Bundesamt für Statistik (BFS)

## FDP und SP stellen die meisten Frauen

**Die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien ist im Ständerat und in den kantonalen Regierungen anders als im Nationalrat: Eine hervorragende Stellung bezüglich der Frauenrepräsentation nimmt die FDP ein, welche sieben der neun Ständerätinnen und 12 der 34 Regierungsrätinnen stellt. Eine relativ starke Präsenz in den kantonalen Exekutiven hat auch die SP mit elf Frauen.**

Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat sich die Frauenvertretung im Ständerat und in den Regierungsräten nur noch gering verbessert.

Bei den *Ständeratswahlen 1998/99* vermochte die FDP ihre Vormachtstellung in Sachen Frauenvertretung zu festigen: Von den 9 Frauen gehören 7 der FDP an. Je eine ist Mitglied der CVP und der SP. Die FDP hat im Ständerat auch prozentual den grössten Frauenanteil in ihrer Deputation: Unter den FDP-Abgeordneten sind 41% weiblich (7 Frauen, 10 Männer). Bei der SPS liegt der Frauenanteil bei 17% (1 Frau, 5 Männer). Die CVP stellt 1 Ständerätin und 14 Ständeräte (7%). Die SVP ist mit 7 Männern und keiner Frau im Ständerat vertreten.

In acht Kantonen wurden Frauen in den Ständerat gewählt: Dabei ist die Ständeratsdelegation in sechs Kantonen paritätisch aus 1 Frau und 1 Mann zusammengesetzt (ZH, BE, LU, SG, VD, NE). 2 Frauen schickt einzig Genf in den Ständerat; der Halbkanton Nidwalden ist durch 1 Frau vertreten. Reine Männerdelegationen wurden in 18 Kantonen bzw. Halbkantonen gewählt.

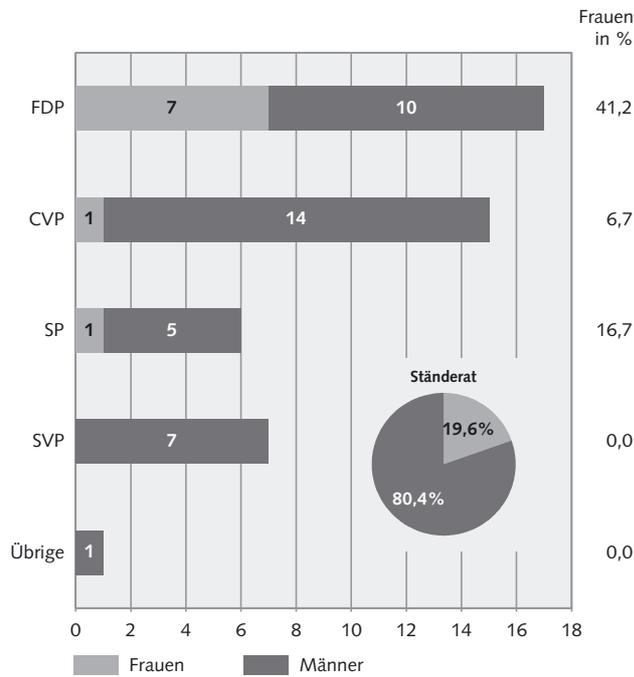
Die stärkste Frauenpräsenz in den *kantonalen Regierungen* haben gegenwärtig die FDP mit 12 Frauen und die SP mit 11 Frauen; damit haben die FDP-Frauen 28% aller FDP-Mandate inne, die SP-Frauen 37% aller SP-Mandate. Der höchste Frauenanteil findet sich bei der LP (43%). Bei der GP erreicht der Frauenanteil 20%, bei der SVP 18% und bei der CVP – mit den meisten Mandaten in den Kantonsregierungen – 8,5%.

Es gibt zur Zeit sechs Kantone mit Regierungen ohne Frauenbeteiligung (SZ, SH, AI, AG, TG, VS). Als erster und bisher einziger Kanton hat Zürich eine Regierung mit Frauenmehrheit (4 Frauen, 3 Männer).

Der *Ständerat* besteht aus 46 Mitgliedern. Jeder Kanton ist in ihm mit zwei Mitgliedern vertreten; die Halbkantone (OW, NW, BS, BL, AI und AR) mit je einem. Die Wahl in den Ständerat untersteht kantonalem Recht und erfolgt somit nicht einheitlich. So wird in Appenzell Innerrhoden und Obwalden die Abordnung in den Ständerat an der Landsgemeinde bestimmt. Die übrigen Kantone wählen ihre Ständerätinnen und Ständeräte an der Urne, und zwar – mit Ausnahme des Kantons Jura – nach dem Majorzsystem. Unterschiede bestehen auch im Wahltermin.

Die *Regierungen der 26 Kantone und Halbkantone* bestehen aus 5 oder 7 Mitgliedern, welche direkt durch die Stimmberechtigten gewählt werden. Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, das noch die Landsgemeinde kennt, erfolgt die Wahl an der Urne, und zwar nach dem Majorzsystem. Die beiden Kantone Zug und Tessin wählen dagegen ihre Regierung nach dem Proporzsystem. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, ausser in Appenzell Innerrhoden (jährliche Wahl) und in Freiburg (5 Jahre).

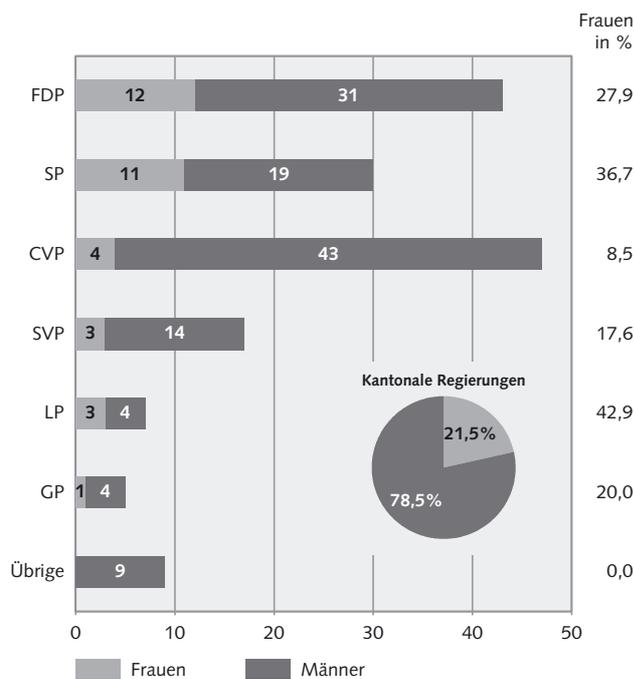
**Ständeratswahlen 1998/99:  
Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



**Kantonale Regierungswahlen (Stand 1. Juli 2003):  
Gewählte Frauen und Männer, nach Kantonen**



**Kantonale Regierungswahlen (Stand 1. Juli 2003):  
Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien**



Quelle: Wahlstatistik

© Bundesamt für Statistik (BFS)